

3. Was können Antworten auf aktuelle Krisen wie Neoliberalismus, Populismus und Nationalismus sein?

Ausgehend von den oben diskutierten Ansätzen werden im Folgenden Forderungen und Implikationen für eine radikaldemokratische Transformation diskutiert, mit denen aktuellen Herausforderungen wie Neoliberalismus, Populismus und Nationalismus begegnet werden kann. Dafür werden zunächst die von Crouch formulierten Forderungen aufgenommen und anschließend erneut mit jenen unter anderem von Mouffe und Laclau erweitert beziehungsweise kritisch diskutiert. Dies wird unter anderem mit Diskursen der Identitätspolitik verbunden sowie zum Schluss erneut aus Giroux' Perspektive beleuchtet.

3.1 Forderungen und Implikationen bei Crouch und Mouffe

Crouch formuliert in seinen Arbeiten Vorschläge und Forderungen, wie die postdemokratischen Tendenzen abgeschwächt beziehungsweise verändert werden können, um die demokratischen Strukturen und Institutionen zu stärken. Dabei fokussiert er, im Anschluss an seine Analyse, primär die Sphäre der Politik, formuliert also in erster Linie Maßnahmen politik-ökonomischer Organisation, Verwaltung und Strukturierung.

Da für Crouch in der politischen Macht der Unternehmen die größte Triebfeder für die Postdemokratie liegt, ist es zunächst unabdingbar, dieses Ausmaß an Macht zu begrenzen sowie damit einhergehend den globalen Finanzkapitalismus einzudämmen. Ein ganz bedeutender Schritt wäre hier beispielsweise durch neue Regeln, den Geld- und Personalfluss zwischen Parteien, Beratergremien und Lobbys zu verhindern oder zumindest besser zu kontrollieren und zu steuern. Hier nimmt er alle Bürger*innen in die Pflicht, für eine strengere Regulierung einzutreten, gibt aber zu bedenken, dass diese Regulierung primär durch die internationalen Institutionen wie WTO, OECD, IMF und EU erfolgen müsse, diese dazu aber von ihrem bisherigen wirtschaftsliberalen Kurs abweichen müssten (vgl. Crouch 2008, 134f.). Zudem fordert er eine Redemokratisierung der Politik, die jedoch schwerlich von den politischen Parteien angestoßen werden könne, da diese »selbst Teil des Problems der Macht der ökonomischen Eliten

geworden« seien (vgl. ebd., 140). Das heißt der Druck und Einfluss auf die Parteien muss einerseits von außen zum Beispiel durch das Erstarken von Bürgerbewegungen und sozialen Protestbewegungen erhöht werden, auf der anderen Seite müssen politische Reformen umgesetzt werden, die die demokratischen Strukturen stärken. So kommt sowohl den Parlamenten unter anderem zur Kontrolle der Exekutive, als auch einer unabhängigen Justiz erhebliche Bedeutung zu (vgl. Crouch 2021, 169f.).

Hinsichtlich der globalen wirtschaftspolitischen Prozesse und Strukturen bedarf es der verstärkten internationalen Zusammenarbeit, unter anderem um eine gerechte Steuerpolitik durchzusetzen, den Finanzmarkt zu stabilisieren sowie insbesondere die Klimaschutzmaßnahmen zu koordinieren und zu kontrollieren (vgl. Crouch 2021, 255). Bezüglich der internationalen Entscheidungsstrukturen der Vereinten Nationen gibt Derrida darüber hinaus zu bedenken, dass die ständigen Mitglieder der UN jene sind, die die Siegermächte des 2. Weltkriegs waren sowie diejenigen, die heute die mächtigsten Atommächte sind, es folglich das »Recht des Stärkeren« herrsche (vgl. Derrida 2003, 115). In diesem Zusammenhang fordert er eine »weltweite, internationale, zwischenstaatliche und vor allem überstaatliche Demokratisierung« (Derrida 2003, 115).

Schließlich macht Crouch den Vorschlag der Bürgerversammlung, um die Menschen auf regionaler und kommunaler Ebene stärker in die politischen Prozesse einzubeziehen beziehungsweise ihnen die Möglichkeit der Partizipation, Gestaltung und Einflussnahme zu geben (vgl. Crouch 2008, 143f.). Dies verweist unter anderem auf die zentrale Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft und verschiebt den Blick von der Sphäre der Politik auf die des Politischen.

Während Theoretiker*innen radikaler Demokratie noch am Beginn des neuen Jahrhunderts vor dem Hintergrund postdemokratischer Entwicklungen und den dabei diagnostizierten schwindenden Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen, der zunehmenden Politikverdrossenheit sowie des Vertrauensverlustes gegenüber der Politik die »Rückkehr des Politischen« sowie eine »Radikalisierung von Demokratisierungsprozessen« forderten (Flügel/Heil/Hetzel 2004), diagnostiziert Mouffe gegenwärtig ein zunehmendes in Frage stellen der neoliberalen hegemonialen Formation, was sie als »populistischen Moment« bezeichnet (Mouffe 2018, 16). Demzufolge werde durch die heute zu beobachtende zunehmende Kritik des Neoliberalismus die neoliberale Hegemonie herausgefordert. Dies führe zu einem Machtvakuum, wodurch die Möglichkeit entstehe, dieses Vakuum durch neue hegemoniale Kräfte zu besetzen (vgl. ebd., 23). Nancy Fraser geht in ihrer Analyse in eine ähnliche Richtung wie Mouffe, hebt allerdings die Kapitalismuskritik noch deutlicher hervor.

»Viele Menschen begegnen revolutionären Parteien mit Skepsis. Vieles verlagert sich daher auf die Ebene sozialer Bewegungen, aber es gibt auch vielversprechende Wahlbündnisse, wie die französische Linke beeindruckend gezeigt hat. Gleichzeitig hat aber auch der Rechtspopulismus Konjunktur und auch der greift manchmal auf eine pseudo-antikapitalistische Rhetorik zurück. Hier tut sich eine politische Lücke auf, die wie dafür gemacht ist, von links besetzt zu werden. Die Linke, die diesen Raum füllt, braucht eine Vision, deren Verständnis von Arbeit und der Arbeiterklasse viel weiter gefasst ist. Diese Linke muss sich für alle Formen eines energischen Radikalismus öff-

nen, aber sie muss ebenso auch einen Rahmen bieten, um sie in einem gemeinsamen Projekt miteinander zu vereinen.« (Fraser 2022, o. S.)

Auch für Mouffe muss sich hegemonialer Widerstand auf Seiten der Linken formieren und organisieren, wobei sie sich »Für einen linken Populismus« (2018) ausspricht. Dazu fordert sie die Linke auf, ihre soziale Basis zu verbreitern und sowohl die Forderungen der Arbeiterklasse, als auch jene der neuen sozialen Bewegungen zu artikulieren (vgl. Mouffe 2018, 39). So geht es im Anschluss an die mit Laclau formulierte Hegemonie-theorie um eine »linkspopulistische Strategie, [...] die die Vielzahl demokratischer Widerstandsbewegungen gegen die Postdemokratie bündelt, um eine demokratischere hegemoniale Formation zu etablieren« (ebd., 47).

»Ziel ist die Konstruktion eines »Volkes«, eines kollektiven Willens, der eine neue hegemoniale Formation hervorbringen kann, die die vom Neoliberalismus desavouierte Artikulation zwischen Liberalismus und Demokratie wiederherzustellen vermag, indem sie demokratische Werte in den Vordergrund stellt.« (Ebd., 57)

Dabei soll weder die liberale Demokratie, noch die repräsentative Demokratie abgeschafft werden. Stattdessen fordert Mouffe die Erneuerung und Intensivierung der Repräsentation der Institutionen (vgl. ebd., 70). Insbesondere in machtumkämpfen, pluralen Gesellschaften, wo Konfliktlinien allgegenwärtig sind, braucht es repräsentative Institutionen wie politische Parteien, die den Menschen Orientierung geben, zum Beispiel dabei helfen können, sich politisch zu verorten (vgl. ebd., 68).

Der vielmals artikulierten Kritik gegenüber der populistischen Vorstellung der Konstruktion eines Volkswillens¹ kommt Mouffe durch die Referenz auf den in ihrem konzipierten Linkspopulismus zugrundeliegenden Antiessentialismus zuvor: demnach ist das »Volk« kein homogener empirischer Referent, sondern eine diskursive Formation (vgl. ebd., 74). Mit erneutem Verweis auf die Hegemonietheorie lässt sich argumentieren, dass konstruierte Äquivalenzketten aus der performativen Artikulation unterschiedlicher Subjektpositionen und Forderungen entstehen und folglich weder homogen waren, noch sind oder werden. Über die gemeinsame Konstruktion des leeren Signifikanten »Bürger*in«, könnten sich Akteur*innen ganz unterschiedlicher Projekte mithilfe einer Äquivalenzkette zu einem »Volk« formieren und auf dieser Ebene politische Forderungen stellen beziehungsweise für politische Veränderungen kämpfen. Gleichzeitig bleibt im radikaldemokratischen Diskurs immer die Möglichkeit, andere Artikulationen und damit andere »Wirs« zu konstruieren (vgl. Mouffe 2018, 81). Eine radikaldemokratische Transformation benötigt geradezu vielfältige, über das Parlament hinausgehende Partizipationsmöglichkeiten. Mouffe denkt etwa an die Möglichkeit der Kombination aus repräsentativen Verfahren und direktdemokratischen Methoden, gibt hier aber keine direkten Handlungsanweisungen. Ihren Ansatz versteht sie vielmehr als politische Intervention.

Es lässt sich heute global eine zunehmende Mobilisierung verschiedener Gruppen beobachten, die eine Rückkehr des Politischen tatsächlich anzeigt. Ob sich allerdings

1 Siehe die Kritik von Giroux am Ende dieses Kapitels sowie Müller (2016).

auch ein Wiedererstarken der vormalis tendenziell erodierten Demarkationslinie von politisch rechts und links ausmachen lässt, ist fraglich, wäre laut Mouffe aber für die Wiederbelebung einer vitalen (radikalen) Demokratie wünschenswert.

»[...] the current blurring of political frontiers between left and right is harmful for democratic politics, as it impedes the constitution of distinctive political identities. This in turn fosters disaffection towards political parties and discourages participation in the political process. Hence the growth of other collective identities around religious, nationalist or ethnic forms of identification.« (Mouffe 1993, 5)

Einerseits kommt es heute zum Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen (in Deutschland beispielsweise mit der Gründung der AfD im Jahr 2013 sowie der PEGIDA² Bewegung im Jahr 2016), andererseits sehen wir auch vermehrt Kräfte und Mobilisierungen von links (etwa die *Black Lives Matter* Bewegung, *Fridays for Future* oder die LGBTQIA* Bewegung³), wobei die politische Linke es nicht schafft, programmatisch eine Alternative zu rechtskonservativen und liberalen Parteien zu formieren, geschweige denn die innere Kluft zwischen der sozialen und der kulturellen Linken zu überbrücken.⁴

Diese Spaltung der Linken in eine soziale und eine kulturelle ist seit langem Diskussionsgegenstand im Feld und wird unter anderem von Nancy Fraser in der Auseinandersetzung mit Axel Honneth in »Umverteilung oder Anerkennung?« (2003) eruiert. Hier stellt sich die Spaltung linker Forderungen einerseits in sozialer Hinsicht als Verteilungskampf dar, andererseits in kultureller Hinsicht als Kampf um Anerkennung. Während Honneth versucht, »die Kategorie der »Anerkennung« als fundamentalen, übergreifenden Moralbegriff zu formulieren, aus dem sich distributive Zielsetzungen ableiten lassen«, schlägt Fraser stattdessen »einen »perspektivischen« Dualismus vor, in dem beide Kategorien als [...] wechselseitig nicht reduzierbare Dimensionen von Gerechtigkeit begriffen werden sollten« (Honneth/Fraser 2003, 9). Anstatt die Politik der Umverteilung einerseits mit klassenbezogener Politik gleichzusetzen und die Politik der Anerkennung andererseits mit Identitätspolitik, verweist Fraser auf die Intersektionalität der Kategorien *class*, *race* und *gender* und schlägt eine zweidimensionale Konzeption von Gerechtigkeit vor. Demnach verlangt das Konzept, das sie als partizipatorische Parität⁵ bezeichnet, mindestens zwei Bedingungen: zunächst gilt als *objektive* Bedingung, »daß [sic!] die

2 PEGIDA steht für *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*.

3 Die aus dem Englischen stammende Abkürzung LGBTQIA* steht für die englischen Worte: **l**esbian, **g**ay, **b**isexual, **t**ransgender/transsexual, **q**ueer/questioning, **i**ntersex, **a**sexual. Übersetzt heißen die Begriffe: lesbisch, schwul, bisexuell, transgender/transsexuell, quer/fragend, intersexuell, asexuell. Das * (manchmal auch +) dient als Platzhalter für weitere Geschlechtsidentitäten.

4 Die deutsche Partei »Die Linke« ist in mindestens zwei Lager geteilt: auf der einen Seite etwa Linkskonservative, die sich um Sahra Wagenknecht formieren, auf der anderen Seite progressive Linke, die sich unter anderem in antikapitalistische, sozialistische, emanzipatorische und ökologische Gruppierungen teilen.

5 »Parität« bezeichnet hier die Bedingung, gleichberechtigt mit anderen zu sein und von derselben Grundlage auszugehen. Die Bedeutung der »Parität« als »numerische Gleichberechtigung der Geschlechter in der politischen Repräsentation« wurde ebenfalls von Fraser geprägt (Fraser 2003, 54).

Verteilung materieller Ressourcen die Unabhängigkeit und das Stimmrecht der Partizipierenden gewährleistet« und als *intersubjektive* Bedingung gilt, »daß [sic!] institutionalisierte kulturelle Wertmuster allen Partizipierenden den gleichen Respekt erweisen und Chancengleichheit beim Erwerb gesellschaftlicher Achtung gewährleisten« (Fraser 2003, 55, Herv. i. Orig.). Der Prozess zur Erlangung partizipatorischer Parität geschieht im Geiste der Diskursethik dialogisch und diskursiv mittels eines demokratischen Verfahrens öffentlicher Debatten (vgl. ebd., 63). In pragmatischer sowie kontextualisierter Hinsicht hängen die Formen der Anerkennung sowie Maßnahmen der Umverteilung so dann im jeweiligen Fall von den Formen mangelnder Anerkennung beziehungsweise den Formen der Ungleichheit ab, denen abgeholfen werden soll (vgl. ebd., 68).

Die Frage ist nun, welche institutionellen Maßnahmen sowohl die objektiven, als auch die intersubjektiven Bedingungen für partizipatorische Parität gewährleisten können beziehungsweise welche Politik zugleich Status- und Klassenungerechtigkeiten mindern kann? Als Antwort formuliert Fraser einen Mittelweg zwischen affirmativen und transformativen Strategien. Während erstere Strategien sind, die darauf zielen, »unfaire Wirkungen gesellschaftlicher Strukturen zu korrigieren, ohne die zugrundeliegenden sozialen Strukturen, die sie hervorbringen, anzugreifen«, sind transformative Strategien darauf abgerichtet, »ungerechte Wirkungen gerade durch Restrukturierung des zugrundeliegenden allgemeinen Rahmens zu beseitigen« (Fraser 2003, 102). Eine Politik, die einem solchen Mittelweg gerecht würde, verbände die »Praktikabilität der Affirmation mit dem radikalen Zug der Transformation, die die Ungerechtigkeiten an ihren Wurzeln angreift« (ebd., 110). Diese sogenannten »nichtreformistischen Reformen« (ebd.) zielen darauf ab, Transformationen in der Statusordnung auszulösen: einerseits durch direkte institutionelle Interventionen, andererseits politisch, indem sie die Bedingungen verändern, unter denen Kämpfe um Anerkennung ausgetragen werden.

In der deutschen Linken wird heute genau diese als notwendig zu überwindende diagnostizierte Kluft reproduziert: so werden identitätspolitische Kämpfe unter anderem um Geschlechtergerechtigkeit als elitär, akademisch und privilegiert verurteilt, während beklagt wird, dass traditionelle linke Verteilungskämpfe kein Gehör finden beziehungsweise in der öffentlichen Debatte unterrepräsentiert sind.⁶ Zwar ist die Partikularität sozialer Bewegungen gewachsen, doch was diese These nicht berücksichtigt, ist die von Fraser angemahnte Intersektionalität unterschiedlicher identitätspolitischer Bewegungen, die im Kern meist eben auch antikapitalistisch sind und für soziale Gerechtigkeit eintreten. Hier sehe ich durchaus Potential, die partikularen Gruppen über die soziale und kulturelle Spaltung hinweg mittels einer Äquivalenzkette zu vereinen. In diesem Sinne äußert sich auch Giroux im folgenden Zitat.

»[...] we need to move away from isolated movements that basically are fracturing the left and have no understanding of what it might mean to not give up those movements but connect them to wider movements so you can educate, mobilize, create al-

6 Propagiert wird diese These zum Beispiel von Sahra Wagenknecht in ihrem Buch »Die Selbstge-rechten« (2021).

ternative public spheres, and begin to think about creating the kind of society where social, economic and political justice matter.« (Giroux 2016, o. S.)

Vor dem Hintergrund der bisherigen Analyse scheinen Theorien liberaler Demokratie keine zufriedenstellenden Antworten auf Fragen des Zusammenlebens in pluralen, post-modernen Gesellschaften geben zu können. Gleichzeitig muss gefragt werden, ob die radikale Demokratie, angesichts der Differenz zwischen theoretischem Anspruch und realpolitischer Umsetzbarkeit, ein haltbarer Maßstab sein kann. Zu diesem Zweck wird im Folgenden Giroux' Perspektive und Argumentationsstrang zusammengefasst und erneut nach der Möglichkeit radikaldemokratischer Transformation befragt.

3.2 Radikale Demokratisierung und kritische Pädagogik – How do we change the world?

»We change the world by first recognizing the way in which the world works, and asking ourselves, what kind of world do we want? Power often disguises itself by becoming invisible. We need to have a vision of a radically democratic society. Then we have to think about what it might mean to get there. Then we have to think about what it means to organize to make sure those changes work. And we need a faith, not only in ourselves and in economic and social justice, but in the collective possibility of change. Because the greatest narcotic of all is the one Huxley spoke to. It's the one that can seduce you through consumerism, it can teach you that all problems are a matter of individual character, it can take away your imagination, it can chill the possibility of individual and collective agency.« (Giroux 2016, o. S.)

Wie Giroux hier deutlich macht, kann der Krise der Demokratie, die sich unter anderem als Produkt aus über 40 Jahren neoliberaler gesellschaftspolitischer Umformung, der Revitalisierung (neo-)nationalistischer Kräfte und dem Aufstieg des Rechtspopulismus darstellt, nur durch eine kollektive Anstrengung begegnet werden. Dabei muss im Sinne radikaler Demokratietheorie zum einen die imaginäre Dimension des Sozialen bedacht werden, womit Wünsche, Begehren und Hoffnungen der Menschen verbunden sind. So gilt für Giroux eine gesellschaftliche Vision eines gerechteren und demokratischeren Zusammenlebens als Voraussetzung für die Artikulation einer Sprache der Kritik und Möglichkeiten. Diese imaginäre Dimension gilt es außerdem in eine symbolische zu überführen, das heißt einen Diskurs zu eröffnen, in dem eine gemeinsame Sprache gegen die von rechtskonservativer Seite geschürten Verschwörungserzählungen, *Fake News* und alternativen Geschichtsnarrationen gefunden wird. Hier wird der Raum zur Aushandlung von Identitäten, Bedeutungen und Werten eröffnet.

Ähnlich dem, was Chantal Mouffe heute den »populistischen Moment« nennt (Mouffe 2018, 12), das heißt eine Zeit, in der die neoliberale Hegemonie derart in die Krise geraten ist, dass sich ein gesellschaftspolitisches Vakuum eröffnet, was sowohl von rechts, als auch von links besetzt werden kann, spricht Giroux von einer »historischen Zäsur« (Giroux 2022, o. S.), in der »Autoritarismus und Faschismus mit der Demokratie um eine Zukunft wetteifern, die entweder ein undenkbarer Albtraum oder ein realisierbarer

Traum zu sein scheint« (ebd.). Während sich Mouffe, wie oben bereits ausgeführt wurde, für einen Linkspopulismus als Antidote zum Rechtspopulismus ausspricht, sieht Giroux die Lösung in einer »antikapitalistischen Bewegung, die den Schmerz, die Wut und den Zorn der Enteigneten auf eine radikale Umstrukturierung der Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer demokratischen sozialistischen Gesellschaftsordnung lenken kann« (ebd.). Zwar würdigt er ihren Aufruf zu einer populistischen Bewegung, die für die radikale Demokratie als politische Kraft kämpft, problematisiert aber den dem Populismus inhärenten Führer*innenstatus, der/die sich stets als Sprachrohr eines ganzen Volkes ausgibt (vgl. Giroux 2021b, 113). Dies ignoriere zum einen die vielfältigen Differenzen einer Gesellschaft, zum anderen bestehe durch diese Einheitsvorstellung die Gefahr, das rigide Freund-Feind-Schema zu reproduzieren (vgl. ebd.). Am bedeutendsten für Giroux aber ist, dass beide Formen des Populismus Bildung und Erziehung als zentrale Mittel zur Bewältigung des Neoliberalismus und der damit verbundenen Krise der Subjektivität, Identität und Handlungsfähigkeit verkennen (vgl. ebd.).

Ebenso wie die Bedeutung der pädagogischen Sphäre für die Demokratisierung innerhalb der politikwissenschaftlichen Diskurse und jenen der politischen Theorie meist unberücksichtigt bleibt beziehungsweise nur randständig Beachtung findet, wird sie oft auch in der realpolitischen Auseinandersetzung vernachlässigt, was sich in Deutschland beispielsweise deutlich in der Unterfinanzierung des Bildungssektors zeigt. Damit einher geht unter anderem ein eklatanter Lehrer*innenmangel, eine fehlende gesellschaftliche Wertschätzung des Berufes, fehlende staatliche Unterstützung in der Ermöglichung der inklusiven Schule sowie die sehr ausgeprägte Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Eine Ausnahme bilden insbesondere die skandinavischen Länder, die im weltweiten Vergleich beispielsweise ein Vielfaches der staatlichen Ausgaben aufbringen und dem pädagogischen Feld eine zentrale Wertigkeit für die demokratische Gesellschaft zuschreiben. Neben solchen strukturellen Bedingungen ist vor allem der sukzessive Umbau der pädagogischen Sphäre vor dem Hintergrund neoliberaler Politik sowie die Unterwanderung curricularer Inhalte durch rechtskonservative Ideologien, wie es beispielsweise in den USA zu beobachten ist, besorgniserregend. Wichtig ist außerdem erneut zu betonen, dass Pädagogik, Erziehung und Bildung die schulische Sphäre übersteigen. Dies legt nahe, dass Erziehung und Bildung als soziale sowie politische Konzepte zu betrachten sind, als Sphäre der Kritik, der Hoffnung und Handlungsmacht und damit immer auch eine öffentliche Sphäre und ein kollektives Gut.

»Pedagogy is always political in that it is first and foremost a struggle over agency, identities, desires and values while it also has a crucial role to play in addressing important social issues, defining the future and defending public and higher education as democratic public spheres. Critical pedagogy makes clear that education is not neutral and that matters of agency, knowledge, consciousness, and desire are the grounds of politics. Making the political pedagogical, in this instance, suggests producing modes of knowledge and social practices that not only affirm oppositional ideas and pedagogical practices but also offer opportunities to mobilize instances of collective outrage, coupled with direct mass action, against a ruthless casino capitalism and an emerging fascist politics. Such a mobilization must oppose the glaring material inequities of our society as well as the growing cynical belief that democracy

and gangster capitalism are synonymous. At the very least, critical pedagogy proposes that education is a form of political intervention in the world, one that can create the possibilities for individual and social transformation.« (Giroux 2023, o. S.)

Folgend wird abschließend zusammengefasst, welche Maßnahmen sowohl im Sinne Giroux', als auch im Sinne des interaktionistischen Konstruktivismus erbracht beziehungsweise angestoßen werden müssen, um soziale Gerechtigkeit zu verstärken sowie kollektive Auseinandersetzungen für eine radikale Demokratie voranzubringen.

Es gilt, starke Allianzen zwischen *cultural workers*, Intellektuellen, jungen Menschen sowie diversen antikapitalistischen Gruppen herzustellen, um kritische öffentliche Diskurse sowie pädagogische Praktiken zu entwickeln, »that connect a critical reading of the word and the world in ways that enhance the creative capacities of young people and provide the conditions for them to become critically engaged agents« (Giroux 2023, o. S.). Damit geht die Ausweitung alternativer öffentlicher Sphären jenseits von Konsum und Konformität einher, wobei bedeutsam ist, dass in solchen Räumen und Begegnungsräumen kollektive Ideen, Hoffnungen und Visionen geteilt und artikuliert werden, um eine gemeinsame imaginäre gesellschaftliche Dimension zu erschaffen.

»What is needed is a powerful new vision of politics, one that takes education, agency, and power seriously in its ongoing efforts to develop an alliance among those forces who can imagine and struggle for a world in which neoliberal fascism no longer exists and the promise of a socialist democracy becomes more than a utopian dream. There will be no justice without a struggle and there will be no future worth living without the collective will to struggle.« (Giroux 2021b, 118)

So sehen wir heute in postmodernen Gesellschaften erfreulicherweise eine zunehmende Politisierung: (1) klimapolitisch insbesondere von Seiten der Jugend, (2) kulturpolitisch von Seiten marginalisierter Gruppen etwa von der LGBTQIA* Bewegung und von jenen im Kontext postkolonialer Repräsentationsdiskurse sowie weiterhin (3) antikapitalistische Proteste etwa im Kontext der Antiglobalisierungsgruppe *attac*⁷. Gleichzeitig wird weiterhin von rechtspopulistischer, antidemokratischer Seite mobilisiert, und es bilden sich vermehrt sehr heterogen durchmischte Formationen im Kontext gesellschaftlicher Aushandlungen, wie etwa zur Frage der politischen Anti-Corona-Maßnahmen während der Pandemie oder zur Frage der militärischen Unterstützung der Ukraine seit dem Angriffskrieg Russlands im Februar 2022. Zwar werden diese Proteste teilweise rechtspopulistisch unterwandert und instrumentalisiert, doch ist jenseits antidemokratischer Kräfte ein solch heterogenes Meinungsbild, das auf beiden Seiten von unter anderem Intellektuellen und Wissenschaftler*innen unterstützt und verteidigt wird, und das in der Öffentlichkeit diskursiv verhandelt wird, für eine vitale Demokratie sehr begrüßenswert.

Es muss gelingen, eine kollektive Empörung und den oben beschworenen kollektiven Willen innerhalb gemeinsamer (antikapitalistischer) Gruppen zu bündeln und sym-

7 Attac bedeutet *association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne*, das heißt auf Deutsch Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger*innen (vgl. <https://www.attac.de/das-ist-attac>).

bolisch überführt als Forderungen unter anderem in Massenaktionen wie Demonstrationen, Flashmobs etc., in (Kunst-)Performances und (Kunst-)Projekten sowie in Aktionen zivilen Ungehorsams zum Ausdruck zu bringen. Auch hier ist die Bildung von Allianzen unterschiedlicher Akteur*innen entscheidend. Dabei bekräftigt Giroux, dass es bedeutsam ist, neben der Herstellung gemeinsamer Äquivalenzketten gegenüber einem konstitutiven Außen, das heißt über eine negierende Identifikation, auch gemeinsame positive Ziele zu artikulieren. So muss Kritik mit einem Diskurs der Möglichkeiten verbunden sein, durchdrungen von »a positive, forward-looking program for real change—a program that gives people something to fight for, not just something to fight against« (Giroux 2023, o. S.). Bedeutend werden hier die neuen (sozialen) Medien, die neben vieler Gefahren des Missbrauchs eine bis dato unbekannte Möglichkeit der Vernetzung, des Austauschs und der Organisation bieten. Dass sich die Mediennutzung und -produktion dabei kritisch und demokratisch gestaltet, muss von Beginn an erlernt und erlebt werden, ebenso wie antidemokratische Meinungen und Narrative klug und überzeugend entlarvt und dekonstruiert werden müssen. Dafür bedarf es einer starken Schule für alle, in der kritisches Denken, Emanzipation, Zivilcourage, Autonomie, Freiheit und Gerechtigkeit gelernt und gelebt werden.

Bildung und Erziehung müssen politisch ausgerichtet werden, das heißt im Unterschied zu indoktrinierender politisierender Bildung, bei der eine Ideologie vorgegeben wird, deren zu folgen gilt, fokussiert politische Bildung »das Lernen über Macht, das Lernen über die Beziehung zwischen Wissen und Macht, das Lernen über den Kampf um die Wahrheit, das Lernen über den kritischen Dialog, für das Lernen alles Möglichen, um sich vorzustellen, wie Macht in jedem Aspekt des Lebens durch erweiterte Fähigkeiten genutzt werden kann« (Giroux 2021g, o. S.). Erneut gilt es hier, das Unvermögen auf Seiten der Linken zu betonen, Erziehung und Bildung als Sphären radikaldemokratischer Intervention und Transformation zu berücksichtigen, ernst zu nehmen und zu stärken. Dafür ist es wichtig, Schulen und andere pädagogische Settings zu öffnen, Begegnungen, Dialoge, Projekte etc. zu realisieren und dabei die Themen der Zeit kontrovers und vielstimmig zu diskutieren.

